



KOMMENTARE

Zeitenwende

Klaus Wetzel zur sozialen Gerechtigkeit in Deutschland

Wir leben in einem reichen Land. Fast allen geht es gut. Aber eben nur fast. Dieses „fast“ hat sich in den letzten zehn Jahren von zehn Prozent auf 16 Prozent der Bevölkerung vergrößert. So hoch ist der Anteil der Menschen, die weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens zur Verfügung haben. Natürlich: In Gegenden wie gerade hier in Heidelberg gibt es besonders viele Studierende – also liegt der Armutsanteil auch höher, weil zum Hochschulbesuch bekanntlich ein leerer Magen gehört. Doch diese Relativierung trifft den Kern nicht ganz. Genauso wenig der Hinweis, dass ein Milliardär mehr tausende – fein statistisch betrachtet – unter die offizielle Armutsgrenze (also jene 60 Prozent) drückt.

Nein, es verhält sich vielmehr so, dass sich die Armut verfestigt. Wir erleben derzeit eine extrem lang anhaltende Boomphase. Doch diese geht völlig an den Armen vorbei. Die Schlangen an den Tafeln werden nicht kürzer (und diese wiederum nicht leerer, weil der reichere Teil der Bevölkerung die Hälfte aller gekauften Lebensmittel gewirft). Da läuft etwas falsch. Die SPD hat sich angesichts des Superwahljahres 2019 für einen sozialeren Kurs entschieden. Die Union sollte sich anschließen. Das Land braucht eine neue soziale Gerechtigkeit.



Mit politischem Framing mehr soziale Gerechtigkeit durchsetzen

Karikatur: Heiko Sakurai

„Deutschland müsste stärkere Lohnerhöhungen haben“

Der Ökonom Heiner Flassbeck über die Agenda 2010 und die Armut im Land – Debakel für Europa

Von Jonas Labrenz



Heidelberg. Der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Heiner Flassbeck (68, F.: dpa) war Staatssekretär unter Ex-Finanzminister Lafontaine und von 2003 bis 2012 Chefökonom der Uno-Handels- und Entwicklungsorganisation UNCTAD.

> Herr Prof. Flassbeck, geht es in Deutschland gerecht zu?

Nein, im Sinne von Teilhabe aller Menschen am Produktionsergebnis ist es sicherlich nicht gerecht gewesen seit 15 Jahren, seit der Agenda- und Hartz-IV-Zeit, die ja vor allem Rot-Grün herbeigeführt hat. Die Reallohne sind deutlich hinter der Produktivität zurückgeblieben. Das ist das einfachste Konzept von Gerechtigkeit oder von Gleichverteilung, das es gibt. Die Reallohne, die Masseneinkommen, sollten so stark steigen wie das, was erwirtschaftet wird. Man muss die Frage stellen, ob das angemessen, vernünftig und sinnvoll war, ob es so weitergehen sollte oder mal eine Änderung gibt, sodass auch mal die Lohnempfänger vorne weg sind. Es kann ja nicht immer umgekehrt sein.

> Seit der Agenda-Politik gibt es auch deutlich weniger Arbeitslose. Andere Länder haben da mehr Probleme...

Es wird immer sofort eingewendet: Ja, es ist notwendig gewesen, um die Arbeitslosigkeit abzubauen. Ich halte das für falsch. Es ist in Deutschland zwar so gekommen. Durch diese Lohnzurückhaltung hat Deutschland in der europäischen Währungsunion einen massiven Wettbewerbsvorteil errungen. Und dadurch geht es Deutschland in der Tat besser als beispielsweise Frankreich und Italien, aber das ist eben nicht gerechtfertigt, weil eigentlich implizit über das gemeinsame Inflationsziel vereinbart war, dass niemand – wie die Deutschen – unter seinen Verhältnissen lebt.

> Die SPD will ihre Agenda-Politik nun umkrempeln: Statt Hartz IV soll es ein Bürgergeld geben und bessere Renten. Reicht das, was die SPD jetzt vor hat?

Nein, das reicht nicht. Sie wollen einige Härten beseitigen, aber den Kern des Systems nicht anpacken. Sie sprechen auch nicht darüber, dass wir wieder eine Mindestgleichverteilung von Löhnen und Gewinnen brauchen. Aber darauf kommt es eben an. Wer darüber nicht redet, der redet am Thema vorbei. Und Deutschland müsste im Sinne Europas, zur Rettung der europäischen Währungsunion, aber auch im Sinne von Gerechtigkeit, von Gleichverteilung, sogar stärkere Lohnerhöhungen haben, als es eigentlich von der wirtschaftlichen Entwicklung her gerechtfertigt ist, damit es wieder einen Ausgleich gibt. Denn es hat ja 15 Jahre massive Verteilungsgewinne der Unternehmen und der Wohlbetuchten gegeben.

> Aber der Grund dafür war ja nicht nur Hartz IV...

Nein, es war die ganze Agenda-Politik. Es war eine massive Schwächung der Gewerkschaften. Am Anfang haben sie das sogar mitgemacht. Es gab im Jahr 1999 ein Bündnis für Arbeit, wo die Gewerkschaften mit unterschrieben haben: Ja, wir wollen – jedenfalls für eine Zeit –, dass die Reallohne hinter der Produktivität zurückbleiben. Man wollte auf diesem Weg die Arbeitslosigkeit beseitigen. Nur: Das ist ein Irrtum. Man kann so nur etwas tun für das Land, wenn man andere ausbeutet, seine eigene Arbeitslosigkeit exportiert. Genau das ist passiert. Plötzlich war es möglich, mit niedrigen Kosten und niedrigen Preisen andere aus dem Feld zu schlagen. Nur: Die Scherben dieser Politik sehen wir jeden Tag vor uns, in Frankreich oder Italien. Darüber wird hier aber nicht geredet, man hat ein Tabu daraus gemacht, weil es so unangenehm ist zu sagen: Ja, auch Deutschland hat einen er-

werden wieder Arbeitsplätze geschaffen. Wenn man den Leuten das Geld wegnehmen, wenn die Löhne nicht steigen, dann passiert das Gegenteil. Dann entsteht Arbeitslosigkeit. Und der einzige Fall, wo das genau nicht passiert, das ist der deutsche Fall, wo ich in einer Währungsunion bei festen Wechselkursen meine Partner zur Kasse bitte, weil ich meine Arbeitslosigkeit exportiere. Wenn die SPD das nicht begriffen und wirklich umsetzt, kann sie sich auch nicht gegen die CDU wehren. Die CDU sagt ja – scheinbar zurecht – das war doch alles sehr erfolgreich, warum wollt ihr das jetzt zurückdrehen? Nur wenn man erkennt, dass es eigentlich kein Erfolg war, sondern ein Debakel, was Europa massiv zurückgeworfen hat und deswegen natürlich auch Deutschland wieder zurückwirft – wir haben jetzt Rezession in Deutschland –, dann sieht man, dass die SPD-Politik falsch war. Aber von dieser Erkenntnis ist die SPD unendlich weit entfernt.



heblchen Teil der Schuld an dem, was man Eurokrise nennt.

> Die Vorschläge der SPD wurden bereits von CDU und CSU attackiert. Jetzt fordern Sie darüber hinaus noch viel mehr. Wie soll das funktionieren?

Ja, das Geld kommt immer aus sich heraus (lacht), aus dem Prozess heraus. Das ist eben das, was nicht verstanden wurde. Das ist auch das, was passiert ist, als man den Mindestlohn eingeführt hat. Da haben Herr Sinn und andere tolle Berechnungen angestellt, dass es 900 000 Arbeitsplätze kosten wird. Es hat aber offensichtlich – man kann jedenfalls nichts errechnen – keinen Arbeitsplatz gekostet.

> Und wieso lag ifo-Ökonom Hans-Werner Sinn da so falsch?

Naja, weil die Leute, wenn sie mehr Geld haben, das Geld auch ausgeben. Das wird immer vergessen. Der Arbeitsmarkt funktioniert nicht wie ein normaler Markt, und wenn die Menschen mehr Geld haben, dann geben sie das auch aus und es kommt wieder den Unternehmen zugute. Dadurch

> Die Rente ist auch ein großer Teil der ... der schrecklichste Teil der Geschichte (lacht).

> Ein großzügigeres SPD-Rentenkonzept würde bei der Finanzierbarkeit an seine Grenzen stoßen?

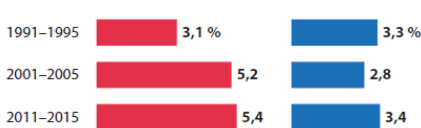
Das ist natürlich auch Unsinn. Man baut sich überall Tabus auf. Wie jetzt das Tabu, die Beitragssätze für Rentenversicherung und Sozialversicherungen insgesamt dürfen nicht über 20 oder 22 Prozent steigen. Bundeswirtschaftsminister Altmaier will das sogar ins Grundgesetz schreiben. Das ist eine unglaublich verrückte Idee. Noch verrückter, als die Schuldenbremse ins Grundgesetz zu schreiben. Und der Aufschrei bleibt aus. Auch die SPD sagt nicht: Warum sollten wir uns an dieses Tabu halten? Warum können wir unseren alteren Mitbürgern keine vernünftige Rente bezahlen? Weil die Jungen – inklusive Unternehmen – niemals mehr als 20 Prozent bezahlen können, weil sonst die Welt untergeht? Das ist völlig absurd. So hat man die Rentenversicherung, das wunderbare Umlagesystem, kaputt gemacht und durch ein Kruckensystem namens Riester ersetzt, das nie funktioniert hat und auch nie denjenigen zugutegekommen ist, denen es eigentlich hätte zugutekommen sollen. Und auch das hat die SPD nicht begriffen.

> Und wie wirkt sich das auf die Wähler aus? Auf die Demokratie insgesamt?

Solange man alle diese Tabus beibehält und nicht offen über die Dinge redet, dann kann es nicht funktionieren und dann gerät man mit dieser Gesellschaft immer tiefer in die Ungleichheit, in die Ungerechtigkeit. Und irgendwann sagen die Leute: Nee, das wollen wir nicht mehr. Und dann wählen sie für eine Weile verrückte Kerle wie Trump. Aber irgendwann wählen sie dann Super-radikale, die ihnen den Himmel auf Erden versprechen, weil sie einfach sagen: Mit den normalen Parteien ist nichts mehr zu machen.

Dauerhaft arm, dauerhaft reich

So viele Menschen in Deutschland waren 5 Jahre lang unverändert **arm/sehr arm** bzw. unverändert **reich/sehr reich**



arm/sehr arm: Einkommen weniger als 60 bzw. 50 % des Medians
reich/sehr reich: mehr als das Doppelte/Dreifache des Medians